

STADT.LAND.LINKS

Das Verbandsmagazin der NRW JUSOS



Unsere EU-Topie / Seite 4
Feminismus in Europa / Seite 6
Europa vor Ort / Seite 8
Ukraine und die EU / Seite 10

Europa vs. EU-Arbeitsmarktutopie / Seite 12
**Aus Ostdeutschland nach Europa:
die Juso-Kandidatin Sabrina Repp / Seite 14**
Europäischer Aufbruch in Polen / Seite 20

Nr.
29

Mai 2024

INHALT

EUROPA

WIE FÜHLT SICH EU-TOPIE AN?

Seite 04



FEMINISMUS

FEMINISMUS IN EUROPA

Seite 06



EU VOR ORT

SPÜRST DU EUROPA NOCH?

Seite 8



EU & UKRAINE

ZEITENWENDE, ABER RICHTIG

Seite 10



GEWERKSCHAFTEN

ARBEITSMARKTUTOPIE EUROPA?

Seite 12



EU & OSTDEUTSCHLAND

GASTBEITRAG SABRINA REPP

Seite 14



EU & POLEN

PRO-EUROPÄISCHER AUFBRUCH

Seite 16



SOZIALDEMOKRATIE

MITTE ODER WAS?

Seite 24



wenn wir von unserem Europa sprechen, dann denken wir an ein Europa ohne Grenzen. Ein Europa, das Geflüchteten solidarisch hilft und ihnen eine neue Perspektive anbietet. Wenn wir als Jusos über unser Europa sprechen, dann über ein Europa, in dem Jugendarbeitslosigkeit endlich der Vergangenheit angehört und der Kampf gegen die Klimakrise nicht mehr Schein als Sein ist. Ein Europa, das weniger aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung zusammenhält, sondern weil gemeinsame Werte im Vordergrund stehen. Gemeinsame Bekenntnisse zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und damit natürlich auch zum Schutz vulnerabler Gruppen vor Diskriminierung. Ein Europa, das sich wehren kann gegen Faschist*innen und Demokratiefeind*innen und das auch aktiv tut.

Wenn wir über eben dieses Europa sprechen, dann merken wir schnell: Noch ist das ein Traum. Denn seit Jahren streitet sich die Europäische Union darüber, wie man mit den Postfaschist*innen in Italien oder dem Autokraten Orbán umgehen sollte. Wir sehen, dass immer noch Zehntausende Menschen im Massengrab Mittelmeer sterben. Wir sehen, dass die Europäische Union illegale Pushbacks toleriert und finanziert und wir sehen, dass erst im April das individuelle Recht auf Asyl durch die GEAS-Reform beschnitten wurde.

Unser Traum von Europa und das Europa, wie es heute ist, sind zwei sehr unterschiedliche Dinge. Das wissen wir und doch heißt das nicht, dass wir aufgeben, um unsere EU-Topie zu kämpfen. Denn Aufgeben würde heißen, den Rechtsextremen und ihren Steigbügelhalter*innen Europa zu überlassen. Als überzeugte Antifaschist*innen wird das niemals unser Weg sein. Aufgeben können wir auch deshalb nicht, weil die aktuellen Zustände in der EU Menschenrechtsverletzungen beinhalten und noch immer so viele Geflüchtete durch die Verantwortungslosigkeit der Europäischen Union sterben. Auch für sie führen wir unseren Kampf um ein Europa der Werte und nicht der geschlossenen Grenzen.

Als Jungsozialist*innen sprechen wir gerne über Utopien. Hecken immer neue Pläne aus von einer Welt der Freien und Gleichen. Aber gleichzeitig macht uns aus, dass wir nicht in diesen Utopien ausharren. Wir packen an und wollen Tag für Tag dafür kämpfen, immer ein kleines Stückchen näher an unseren Traum zu gelangen. Und deshalb weiß ich schon jetzt: Im Europawahlkampf ist mit uns zu rechnen! Und innerhalb der Partei suchen wir weiter die Auseinandersetzung, damit die sozialdemokratische Familie ihre Verantwortung auf europäischer Ebene in jedem Fall erkennt und erfüllt. Und klar: Nicht immer sind wir direkt mit diesen Kämpfen erfolgreich. Aber so ist das nun mal – auf dem langen Weg zu unserer EU-Topie.

Solidarische Grüße
Nina

Nina Gredike

LIEBE NRW JUSOS,



WIE FÜHLT SICH EU-TOPIE AN?

Man wird ja wohl noch träumen dürfen. Genau das tut Lea und teilt diesen Traum mit euch. Den Traum von einer EU, die ein lebenswerter Ort für alle ist.



Wenn ich mir die EU-Topie vorstelle, gleicht sie für mich einem Sommernachtstraum. Mit dem Nachtzug nach Prag, zum Frühstück nach Frankreich und für die besten Pommes in die Niederlande. Es ist eine EU ohne Grenzen, mit Brücken statt Mauern und eine EU, in der Kultur und Sprache genauso ineinanderfließen wie die Flüsse Werra und Fulda. Es ist eine EU, in der es ganz selbstverständlich ist, Neues zu entdecken: sei es ein Straßenfest in Barcelona oder ein unerwartetes Gespräch in Bukarest, bei dem man realisiert, wie ähnlich wir uns doch alle sind. Es ist eine EU, in der die Vielfalt an Sprachen und Kulturen als Bereicherung und nicht als Barriere erlebt wird. In der wir uns gegenseitig die Hand reichen.

Dieser Traum von einem grenzenlosen Europa, in dem Kulturen und Sprachen fließend ineinander übergehen, setzt sich fort in unserem Bildungssystem. Ich träume von einem EU-weiten Bildungsangebot, das es jeder*jedem erlaubt, jede EU-Sprache zu lernen. Wie schön sind die unterschiedlichen Kulturen? In Polen steht an Weihnachten ein extra Teller bereit, falls ein unerwarteter Gast kommt. In Schweden feiert man Mittsommer mit Blumen und Maibäumen. In Ungarn besiegelt man neue Freundschaften mit Pálinka (ein Obstbrand) und gutem Essen. Diese kulturelle Vielfalt ist der Schlüssel, um einander zu verstehen und Freundschaften zu schließen.

REISEFREIHEIT UND AUSTAUSCH OHNE GRENZEN

Die Mobilität innerhalb der EU fördert nicht nur das Verständnis und die Wertschätzung unserer unterschiedlichen Kulturen, sondern auch die Möglichkeit, diese aus erster Hand zu erleben. In meiner Utopie der Europäischen Union ist das Reisen und die Verbindung untereinander mühelos geworden. Dank einer Fülle von Zugverbindungen, weitläufigen Radwegen und mautfreien Autobahnen ist die Mobilität innerhalb der EU nicht nur einfach, sondern auch umweltfreundlich. Man kommt einfach schnell von A nach B. Wir lernen uns gegenseitig schon früh gut kennen, denn es gibt Austauschprogramme und wir können eine Vielzahl von Sprachen in Schule und Freizeit lernen. Lebenslanges Lernen wird großgeschrieben und ist in allen Lebensbereichen und Themen europaweit möglich. Unsere Städtepartnerschaften

sind mehr als eine Unterschrift auf einem Ortseingangsschild. Wir besuchen einander regelmäßig. Da wir einander gut verstehen, erkennen ausnahmslos alle, dass Vorurteile und Diskriminierung unbegründet und sinnlos sind.

Diese gesteigerte Mobilität und das gegenseitige Verständnis bilden auch die Basis für unseren regen kulturellen Austausch. Über Grenzen hinweg finden sich kreative Köpfe zusammen, um gemeinsam an Projekten zu arbeiten, die traditionelle mit aktuellen Elementen verbinden. Von Literaturfestivals, die Autor*innen und Leser*innen aus ganz Europa zusammenbringen, bis zu Musikprojekten, die unterschiedliche musikalische Traditionen verschmelzen, zeigt sich die kulturelle Vielfalt Europas in ihrer ganzen Schönheit.

RECHTSSTAAT, FRIEDENSMACHT UND VORREITERIN BEIM KLIMASCHUTZ

Die Bemühungen um eine nachhaltige und integrative Gesellschaft spiegeln sich auch in unserem globalen Engagement wider. Wir stehen gemeinsam für die Werte des Rechtsstaats ein. Die EU begreift sich als Friedensprojekt und richtet ihre Außenpolitik nach diesem Grundsatz aus. Dabei investiert sie mehr in Forschung als in Rüstung. Angesichts dieser Fortschritte ist die EU zukunftsgerichtet und stellt sich den globalen Herausforderungen als internationale Vorreiterin. Durch die intensive Forschung schaffen es die Mitgliedstaaten, neue klimaneutrale Klimaschutzmaßnahmen zu etablieren. Unseren Energiebedarf decken wir dank fortgeschrittener Speichertechnik vollkommen aus erneuerbaren Energien, Atomkraftwerke gibt es nicht mehr. Wir erreichen saubere Meere, beenden die Überfischung in gemeinschaftlich genutzten Gewässern und fördern den Schutz bedrohter Arten. Aber nicht nur im Meer, sondern auch an Land wird die EU aktiv: Die EU unterstützt Landwirt*innen bei der Umstellung auf umweltfreundlichere Methoden, die die Biodiversität fördern, den Boden schützen und den Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pestiziden minimieren. Auf Monokulturen wird weitgehend verzichtet. Stattdessen profitieren wir von einer großen Vielfalt resilienter Früchte. Diese werden möglichst regional auf Schienen zu den Konsument*innen geliefert.



ENDLICH MAL WIEDER ZUKUNFT, AUF DIE MAN SICH FREUT!

Das ist besonders effizient, weil die Digitalisierung uns Menschen in vielen Lebensbereichen hilft. Smarte Bahnsysteme lenken Güter- und Personenverkehr und fangen Verspätungen ab, bevor sie eintreffen. Breitbandinternet ist überall ausgebaut und die Entwicklung digitaler Dienste wird genutzt, um allen Bürger*innen Zugang zu schnellen und zuverlässigen Online-Diensten zu gewähren. Diese Fortschritte in der digitalen Integration und der Einsatz moderner Technologien gehen Hand in Hand mit unseren Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Umwelt. Die Digitalisierung hat aber auch unsere Gesundheitsvorsorge revolutioniert. Nicht nur akute Behandlungen, sondern auch langfristige Gesundheitsförderung und Prävention sind ein zentraler Bestandteil unserer Politik. Die europaweite Vernetzung von Gesundheitsdaten verbessert die Diagnostik, Behandlung und Forschung und trägt so zur Entwicklung neuer medizinischer Lösungen bei. Gleichzeitig wird der Datenschutz streng gewahrt, um die Privatsphäre der Bürger*innen zu schützen.

EIN EUROPA DER HUMANITÄT

Auch eine humane und integrative Behandlung von Geflüchteten wird großgeschrieben. Eine humane gemeinsame Migrationspolitik erkennt die Menschlichkeit von Geflüchteten an und bietet einen Rahmen für deren Integration und Teilhabe an unserer Gesellschaft. Dies bedeutet, dass jeder Mensch, der Zuflucht in der Europäischen Union sucht, mit Würde und Respekt behandelt wird. Die Mitgliedstaaten arbeiten eng zusammen, um faire und effiziente Asylverfahren zu gewährleisten. Dabei setzen sie auf gemeinsame Standards, die sowohl die Rechte der Geflüchteten schützen als auch die soziale Harmonie in den Aufnahmegesellschaften fördern. Zusätzlich setzt sich die EU weltweit für flüchtende Menschen ein, indem sie mit deren Herkunfts- und Durchreiseländern kooperiert, um die Fluchtursachen zu bekämpfen, an denen sie selbst einmal nicht ganz unbeteiligt war. Die EU fördert die Integration von Migrant*innen in den Arbeitsmarkt, indem sie die Anerkennung ausländischer Qualifikationen unterstützt und Weiterbildung zur Anpassung an den europäischen Markt bietet. Konträr dazu steht der Kampf gegen Steuerflucht. Den einzigen „Ge-

flüchteten“, denen wir den Kampf ansagen, sind jene, die vor ihrer steuerlichen Verantwortung fliehen. Steueroasen haben wir ausgetrocknet. Dieses Geld haben wir in Gemeinwohl und Daseinsvorsorge investiert. Die Mitgliedstaaten unterstützen sich gegenseitig, um die Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Dies umfasst auch eine gerechte Verteilung der Verantwortung und der Ressourcen, damit kein Land übermäßig belastet wird.

Diese EU-Topie scheint noch ein kleines Stück entfernt. Aber wir träumen weiter von einem Europa, das nicht nur ein Wunsch, sondern ein Versprechen für die Zukunft ist. Ein Ort, an dem Menschen nicht durch Grenzen getrennt, sondern durch gemeinsame Werte und Träume vereint sind. Ein Europa, das seine Vielfalt als Stärke begreift und in dem jede*r die Freiheit hat, über sich hinauszuwachsen.

Träume sind allerdings keine reinen Fantasiegebilde, sondern tragen meist einen Funken Möglichkeit mit sich. Dieser Traum unserer EU-Topie fußt auf viel Fantasie und scheint unendlich weit entfernt, doch ist er nicht unmöglich. Damit wir einen oder gar viele Schritte in diese Richtung machen, rennen wir in diesen Tagen und Wochen für eine bessere, für eine gerechtere Europäische Union. Und warum? Because we are never gonne give EU up!



Lea Bongers (23) kann sich nicht vorstellen, im täglichen Leben auf die EU zu verzichten.

GRENZENLOS FEMINISTISCHER KAMPF

WARUM UNSERE EU
FEMINISTISCH WIRKEN MUSS!

Pia Mickels (24) hat genug von Faschos, die die Uhr zurückdrehen wollen, und brennt für ein feministisches Europa.



INHALTSWARNUNG:
SEXUALISIERTE GEWALT,
SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH,
QUEERFEINDLICHKEIT

Das Patriarchat macht vor Ländergrenzen keinen Halt. Überall auf der Welt und in Europa kämpfen feministische Bewegungen seit Jahren für reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, queere Rechte und gegen den anti-feministischen Backlash.

In Anbetracht der anstehenden Europawahl im Juni lohnt sich deshalb ein Blick auf feministische Kämpfe, die wir in der Europäischen Union führen. Denn egal ob AfD, PiS oder Fratelli d'Italia, rechte Parteien sind seit Jahren dabei, feministische Errungenschaften rückgängig zu machen und „traditionelle“ Geschlechterrollen und Familienbilder zu etablieren. Dem heißt es, etwas entgegenzusetzen, egal wo, denn der feministische Kampf ist grenzenlos!

MY BODY, MY CHOICE

Der uneingeschränkte Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen gehört zur Gesundheitsversorgung und ist für viele FINTA (Frauen, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender) essenzieller Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben.

Den Kampf dafür führen wir als Jusos schon lange und obwohl es sich oft wie ein Kampf gegen Windmühlen anfühlt, gibt es in letzter Zeit auch Grund zur Hoffnung. Die neu gewählte polnische Regierung kündigte an, die bisher sehr restriktiven Abtreibungsgesetze zu liberalisieren, Frankreich hat das Recht auf Abtreibung in der Verfassung verankert und auch im Europäischen Parlament tut sich etwas. Dort hat sich die Mehrheit der Abgeordneten im April dafür ausgesprochen, das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch in die EU-Grundrechte-Charta aufzunehmen. Jetzt liegt es an Rat und Kommission, diesen Vorschlag umzusetzen.

WEG MIT DER PATRIARCHALEN AUSBEUTUNG

Noch immer ist Frau- bzw. FINTA-Sein eines der größten Armutsrisiken. Die EU hat mit den Richtlinien zu Vereinbarkeit von Beruf

und Privatleben und zur Entgelttransparenz erste Grundsteine für die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt gelegt, aber gerade im Kontext von Care-Arbeit werden vor allem Frauen immer noch systematisch daran gehindert, uneingeschränkt der Erwerbsarbeit nachzugehen. Sie übernehmen den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit oder arbeiten überdurchschnittlich oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Internationale Care-Chains sorgen dafür, dass sich das Problem in ganz Europa gegenseitig verstärkt. Gutverdienende Frauen bzw. Familien in Westeuropa lassen ihre Care-Arbeit von Arbeiterinnen, die oft aus Süd- und Osteuropa eingewandert sind, erledigen, was wiederum dazu führt, dass die Sorgearbeit in den Herkunftsstaaten ungerechter verteilt ist.

Um die patriarchale Ausbeutung von FINTA auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen, braucht es eine europäische Initiative für einen armutsfesten Mindestlohn, den Ausbau von Pflege- und Betreuungsangeboten durch eine solidarische Finanzierung und die Einschränkung von Minijobs.

JA HEISST JA?

Im Februar haben sich die EU-Mitgliedsstaaten auf ein gemeinsames Gesetz zum Schutz von Frauen vor sexualisierter Gewalt geeinigt. Dabei ist es enttäuschenderweise nicht gelungen, „Ja heißt ja“ als einheitlichen Standard in der EU zu etablieren – unter anderem Deutschland hatte sich quer gestellt.

Bedeutet: in einem Gesetz zur geschlechtsspezifischen Gewaltprävention wurde das Thema Vergewaltigung außen vor gelassen. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass Betroffene in der gesamten EU die gleichen Möglichkeiten haben, rechtlich gegen Gewalt vorzugehen, als nächster Schritt muss nun aber auch sichergestellt werden, dass dies auch im Falle einer Vergewaltigung gilt.

RECHTE VON QUEEREN MENSCHEN STÄRKEN

Auch queere Menschen sind durch die Machtgewinnung rechter Parteien überall in Europa massiv bedroht. Die ungarische Regierung hat in den letzten Jahren mehrere Gesetze verabschiedet, die unter anderem verbieten, mit Minderjährigen über queere Themen zu sprechen oder es ermöglichen, gleichgeschlechtliche Familien den Behörden zu melden.

In Italien werden die nicht-leiblichen Elternteile in gleichgeschlechtlichen Familien aus der Geburtsurkunde gestrichen. Und in vielen EU-Staaten nehmen Gewalttaten gegen queere Menschen immer weiter zu. Es braucht mehr Unterstützung und Schutz vor Gewalt für Betroffene und die EU muss konsequenter alle Mittel, die sie hat, einsetzen, um queerfeindliche Gesetze und Initiativen von Mitgliedsstaaten zu ahnden.

ZUSAMMENFASSUNG

Reproduktive Rechte, Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, der Schutz vor Gewalt – all das ist essenziell für ein selbstbestimmtes Leben für FINTA. In der Europäischen Union läuft gerade vieles schief – und das nicht nur aus feministischer Perspektive. Um den rechten Regierungen der Mitgliedsstaaten etwas entgegenzusetzen, braucht es deshalb auch ein starkes EU-Parlament mit linken Mehrheiten. Dafür können wir bei der Europawahl am 9. Juni sorgen.

Also lasst uns gemeinsam für ein feministisches, antifaschistisches Europa kämpfen!

Was hat Europa mit mir zu tun? Auf den ersten Blick scheint es kaum eine größere Distanz zu geben als die zwischen der kommunalen Ebene der Städte und Gemeinden und der Europäischen Union. Wie wichtig beide Ebenen füreinander sind, wird manchmal erst auf den zweiten Blick deutlich. Betrachtet man die Beziehung zwischen den Kommunen und Europa, so fällt auf, dass mehr als 70% der EU-Richtlinien sich direkt oder indirekt auf die kommunale Ebene auswirken. Deshalb spricht man oft auch von der EU als einer „vierten Ebene“, ergänzend zur Kommune, zum Land und zum Bund. Ich behaupte: Europa gelingt nur mit und in den Kommunen. Wenn europäische Richtlinien bei uns Anwendung finden, zeigt das, dass Europa mehr ist als nur eine Idee oder ein weit entferntes politisches System. Das klingt erstmal ein wenig hölzern, aber es gibt zahlreiche Beispiele dafür. Erst kürzlich wurden alle Kommunen dazu verpflichtet, kostenlos Trinkwasser im öffentlichen Raum bereitzustellen. Hintergrund ist eine EU-Richtlinie, die das Recht auf Wasser, also das „Right 2 Water“ gestärkt hat. Dies ist nicht nur vorteilhaft für die Abkühlung an heißen Tagen, sondern erleichtert auch wohnungslosen Menschen den Zugang zu sauberem Wasser. Natürlich geht die EU über die Bereitstellung von Wasserspendern und einigen netten Extras hinaus.

ES IST KOMPLIZIERT: DIE KOMMUNE UND DIE EU

Angesichts der Vielzahl an Regelungen ist es eine Herausforderung, die Bedürfnisse der vielen Kommunen im Blick zu behalten. Allein in Deutschland gibt es 10.994 Kommunen. In ganz Europa sind es über 92.000. Genau hier setzt der Ausschuss der Regionen (AdR) an:

Der Ausschuss der Regionen ist ein beratendes Organ der Europäischen Union. Es dient dazu, die kommunalen und regionalen Regierungen innerhalb des EU-Gesetzgebungsprozesses zu repräsentieren. Er besteht aus Vertreter*innen kommunaler und regionaler Behörden aller EU-Mitgliedstaaten, darunter Bürgermeister*innen, Regionalpräsident*innen und gewählte Vertreter*innen auf kommunaler Ebene. Diese werden für eine fünfjährige Amtszeit ernannt und bringen die Perspektiven und Interessen ihrer jeweiligen Regionen in die EU-Politik ein. Die deutsche Delegation im AdR hat 24 Mitglieder. Inge-

samt hat der Ausschuss 329 Mitglieder.

Die Hauptaufgabe des AdR besteht darin, sicherzustellen, dass die Standpunkte und Bedürfnisse der regionalen und kommunalen Ebenen in der EU-Gesetzgebung und -politik berücksichtigt werden. Um das zu erreichen, wird der AdR in Gesetzgebungsverfahren zu Themen konsultiert, die direkte Auswirkungen auf regionale oder kommunale Ebenen haben. Der AdR gibt Stellungnahmen ab, die Empfehlungen zu den vorgelegten Gesetzesvorschlägen enthalten. Diese Stellungnahmen sind zwar nicht bindend, spielen jedoch eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Politik.

Neben dem AdR gibt es weitere Organisationen und Netzwerke, die die Interessen der Kommunen auf europäischer Ebene vertreten. Diese reichen von spezialisierten Netzwerken z.B. für Umweltschutz, Digitalisierung oder soziale Inklusion, bis hin zu breit aufgestellten Bündnissen wie dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Hier werden Best-Practice-Beispiele ausgetauscht und gemeinsame Projekte koordiniert. Der EU wurde lange eine sogenannte „Kommunenblindheit“ vorgeworfen. Erst 2009 wurden Kommunen formal im EU-Vertrag benannt, sodass die Rolle der Kommunen zunehmend stärker wird.

WIE DIE EU KOMMUNEN UNTERSTÜTZT

Die Europäische Union spielt gerade in einer immer enger zusammenwachsenden Welt eine wichtige Rolle für Kommunen. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, wie z.B. der Klimaschutz, sind nicht auf einzelne Orte beschränkt, sondern betreffen Gebiete überall, ob am Niederrhein, in Dortmund oder in Ostwestfalen-Lippe. Der European Green Deal ist ein Beispiel dafür, wie die EU globale Probleme angeht. Die Ziele dieses Deals müssen dann in den einzelnen Kommunen in die Praxis umgesetzt werden. Ein konkretes Beispiel hierfür sind z.B. „Beschleunigungszonen“. Hier melden die Kommunen mögliche Flächen für den Windenergieausbau und

tragen so zu einer europäischen Koordination des Energienetzes bei. Der European Green Deal wird für die Kommunen eine ziemlich große Aufgabe, aber sie stehen damit nicht allein dar.

Zur finanziellen Unterstützung dieser und weiterer Projekte trägt die Europäische Union mit einer Vielzahl von Programmen bei. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) fördert beispielsweise innovative Projekte wie das „City Lab Südwestfalen“ oder das „Innovationszentrum Ruhr“. Der Europäische Sozialfonds (ESF) fördert unter anderem die berufliche Weiterbildung mit Maßnahmen wie den Bildungschecks in Duisburg. Das LEADER-Programm konzentriert sich auf den ländlichen Raum und unterstützt Projekte zur Anpassung an die Klimafolgen. Diese Programme sind für die Umsetzung europäischer Ziele auf kommunaler Ebene unverzichtbar und helfen, die finanziellen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen einige Kommunen stehen.



WHAT EU DOES FOR ME

Eine wichtige Frage bleibt jedoch: Was macht die EU eigentlich für mich persönlich? Um diese Frage zu klären, steht die Website „What the EU does for me“ zur Verfügung. Sie bietet ausführliche Informationen, gegliedert nach Regionen, persönlichen Anliegen und speziellen EU-Fokusprojekten. So kann man konkret herausfinden, wie der eigene Wohnort und das persönliche Leben durch die EU beeinflusst und gestaltet werden. Zahlreiche Aspekte der EU sind für viele allerdings schon selbstverständlich geworden: Reisefreiheit, die gemeinsame Währung, die Möglichkeit, im EU-Ausland zu arbeiten, zu studieren oder von Programmen wie Erasmus+ zu profitieren, einheitliche Verbraucherschutzrechte und vieles mehr. Leider befinden wir uns aber in Zeiten, in denen die Skepsis gegenüber der EU wächst sowie Zweifel und Unsicherheiten zunehmen.

Die EU ist bei weitem nicht perfekt. Aber wenn wir die europäische Idee in den Kommunen nicht leben und vorantreiben, wird es zunehmend schwieriger, die Errungenschaften und Vorteile, die uns die europäische Integration gebracht hat, zu erhalten und auszubauen.

Ohne aktive Beteiligung und das Engagement auf kommunaler Ebene riskieren wir, den Zusammenhalt und die Solidarität zu schwächen. Die europäische Idee lebt von ihrer

WHAT THE EU
DOES FOR ME



Umsetzung in den Kommunen, von der aktiven Teilhabe aller Bürger*innen und der fortwährenden Förderung grenzüberschreitender Kooperationen. Für mich ist es schwer vorstellbar, dass ich eines Tages nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit nach Düsseldorf fahren kann wie nach Nijmegen. Deshalb liegt es an uns allen, die europäische Idee täglich mit Leben zu füllen und für ein Europa einzutreten, das seine Vielfalt feiert, seine Gemeinsamkeiten stärkt und für jede*n von uns spürbar ist.



SPÜRST DU EUROPA NOCH?

DIE EU SCHEINT WEIT WEG ZU SEIN. DOCH WO MACHT SIE BEI DIR VOR ORT EINEN UNTERSCHIED?



Lea Bongers (23) kann sich nicht vorstellen im täglichen Leben auf Europa zu verzichten.

ZEITENWENDE, ABER RICHTIG

ÜBER DEN BEITRITT DER UKRAINE IN DIE EU - JOHANNA BÖRGERMANN

Am 24.02.2022 überfällt Russland brutal die Ukraine. Seit jeher verteidigen die Ukrainer*innen ihr Land, ihre Freiheit und ihre Souveränität gegen den Aggressor. Unsere Solidarität ist dabei ungebrochen.

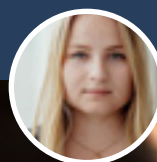
Doch der Krieg dauert an und der Aggressor Russland lernt immer besser, die Sanktionen der EU zu umgehen. In der Ukraine sind Millionen von Menschen von der Stromversorgung abgeschnitten. Etwa 6,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Die Berichte von sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe häufen sich und Putin streut weiter seine Propaganda. Deswegen ist es so wichtig, auch zwei Jahre nach der ausgerufenen „Zeitenwende“ nicht wegzuschauen, sondern sich laut einzusetzen für die Ukraine, ihre Souveränität und ihre

Freiheit. Eine wichtige Maßnahme ist, neben den notwendigen Waffenlieferungen und humanitärer Hilfe, ein sozialökologischer Wiederaufbau und der Beitritt in die EU. Doch wie steht es eigentlich um die Beitrittsfrage?

Im Februar 2022 hat die Ukraine ihren Antrag auf die EU-Mitgliedschaft gestellt. Seit Juni 2022 ist sie Bewerberland. Im Dezember 2023 hat die EU beschlossen, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Während all dieser Zeit wird die Frage der Aufnahme in der europäischen Gesellschaft kontrovers diskutiert. Während gesamtgesellschaftlich der Beitritt vor allem durch Ängste vor Russland kritisch beäugt wird, muss unsere Analyse klar sein: der Beitritt der Ukraine in die EU ist zwingend erforderlich und richtig. Die

europäische Außenpolitik darf nicht weiter von Angst getrieben sein, sondern muss wer-tegeleitet und völkerrechtskonform geschehen. Europäische Sicherheit bedeutet Sicherheit für alle Europäer*innen – das schließt ganz bewusst die Ukraine mit ein. Es wird Zeit für eine Zeitenwende ohne Angst: eine Zeitenwende, die feministische und progressive Außenpolitik lebt.

Doch wie denken Ukrainer*innen eigentlich über den Beitritt? Und was genau sind sicherheitspolitische Bedenken und welche Perspektiven können wir diesen Ängsten entgegenstellen?



Johanna Börgermann (21) arbeitet viel zu feministischer Außenpolitik und ist sich sicher: es braucht mutige, progressive Außenpolitik in der Ukraine und der EU!

EINE SICHERHEITSPOLITISCHE PERSPEKTIVE

LASSE REBBIN

Die Ukraine gehört in die Europäische Union! Und das auch mit all den sicherheitspolitischen Konsequenzen, die daraus folgen. Deshalb wird seit dem russischen Angriff auf die Ukraine immer wieder Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union diskutiert. Dort steht:

„Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.“

Nun ist der Autor selbst kein Jurist, aber ein einfacher Blick auf den Artikel genügt, um

festzustellen: Da ist ganz schön viel Interpretationsspielraum. Deshalb kann Entwarnung gegeben werden: Ein Beitritt der Ukraine bedeutet nicht, dass der Bundestag Soldat*innen in die Ukraine schicken muss. Den anderen Mitgliedsstaaten steht dabei weitestgehend offen, wie ihre konkrete Unterstützung für das angegriffene Land aussieht. Fest steht nur: Regionale Spezifika können berücksichtigt werden und das Recht auf Selbstverteidigung (Artikel 51 UN-Charta) bleibt. Daher sehe ich den Beitritt der Ukraine in die Europäische Union vielmehr als eine Chance für einen sicherheitspolitischen Neuanfang der EU, die sich auf dem Weg zu einer wirklichen „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)“ macht und ernsthaft über die Einführung der Europäischen Armee diskutiert. Die Ukraine verteidigt nicht nur

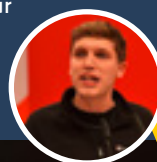
ihr eigenes Territorium gegen die russischen Angreifer*innen, sondern eben auch die Europäische Union gegen Putins Neoimperialismus. Dabei hat sie jede (sicherheits-)politische Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft verdient. Anhand der Beistandsklausel in Artikel 42 wird diese Unterstützung nicht nur Wille, sondern Pflicht und gibt der Ukraine langfristige Sicherheit. Viele Rahmenbedingungen sind dann noch zu klären, aber der kurze Einschub hier zeigt: Die Debatte darum ist notwendig und lohnt sich.



Was wird aus der Beistandsklausel der EU? Im Völkerrechtsblog



Mehr Infos dazu liefert der wissenschaftliche Dienst des Bundestags.



Lasse Rebbin (24) ist seit 2021 stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und beschäftigt sich leidenschaftlich mit Außen- und Sicherheitspolitik. Er ist der Meinung, dass ein schneller Beitritt der Ukraine in die Europäische Union nicht nur notwendig, sondern auch eine Chance für einen sicherheitspolitischen Neuanfang ist.

Hier geht's zur deutschen
Übersetzung des Texts
von Yaromyr:



THE PERSPECTIVE OF YOUNG UKRAINIANS

YAROMYR UDOD

Before full-scale invasion, for Ukrainian youth, European integration with a potential of EU ascension meant quite practical yet joyful and inspiring things such as opportunities to work or study in other European countries, visa free travel (which we have been enjoying since 2017), strong connections and infrastructure, as well as progressive policies on human rights and ecology. While all of that remains to be relevant, now in the wake of full-scale Russian aggression, it is seen dramatically different. This is the historical path we have been fighting for for centuries; this is a return as we call it sometimes to a "European family" as Ukraine is in the core of this family, geographically and historically.

Decolonisation after a long time of Russian oppression is also a big important piece in this historical story. After all, we want to build a future with countries that choose democratic dialogue, cooperation, respect of rule of law, international norms and human rights, however idealistic it may sound to some audiences in the EU. Russia showed us that the world can degrade to primordial conquest, where some countries feel unpunished and don't even consider before committing to an unprovoked and unjustified military aggression against another country, committing countless war crimes and denying the truth to everyone.

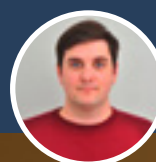
While the abovementioned may sound like a list of sophisticated and complex arguments, this is what Ukrainians, including young Ukrainians are supporting. They realised how capable their state is as both military and civilian institutions pushed Russia back from parts of both north and south Ukraine and protected the frontline border of 1500 kilometers. Therefore, we want to further reform those state institutions, upgrade and rebuild infrastructure, renew human capital, bring

economic opportunities to the country so that millions of Ukrainian refugees can return to the country.

While some may say progressive values of green transition and human rights are not on the priority list because of the active phase of war, as well as more conservative attitudes of the elderly population, young Ukrainians articulate those values in many other ways. I feel like we are having and we will be having more societal demands regarding the green transition and conservation as we have to heal tens of thousands of kilometers of our land from the ecocide Russians have done through mining, contamination and deliberate destruction of ecosystems. Ukrainians are fighting for their human rights as the experience of Russian occupation showed the complete disregard of human lives. Women and queer people have been represented more in the army, making them more visible in the Ukrainian society altogether.

For that purpose, we are calling you as European youth for continuing the advocacy for solidarity with Ukraine ranging from weapon delivery and economic and political support. Affirmed support of Ukraine is a guarantee for a peace and prosperity on a European continent. It is also a justice for Ukrainians as well as for countries that have been or can be in the future affected by unprovoked military aggression and war crimes.

We need your solidarity!



Yaromyr Udod is 29 and he is currently living in Kyiv and working as international development consultant.

WAS FEHLT UNS ZUR PERFEKTEN ARBEITSMARKT-UTOPIE?

ARBEIT EUROPÄISCH GEDACHT - WAS FEHLT UNS ZUR PERFEKTEN ARBEITSMARKT-UTOPIE?

Im Allgemeinen ist es für die deutsche Gewerkschaftsbewegung oft schwierig, vorrangig über Europa zu diskutieren, da eine Angleichung der Standards oder eine stärkere ordnungspolitische Kompetenz in Europa aus Arbeitnehmer*innensicht oft zu schlechteren Bedingungen als in Deutschland führen kann. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Arbeitsbeziehungen und die Einbindung der Sozialpartner*innen grundlegend neu aufgebaut. Das hochgradig kooperative System in Deutschland, das gewerkschaftliche Mitbestimmung in der beruflichen Bildung, der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie besonders geschützte Rechte der Gewerkschaften umfasst, wurde eingeführt und bleibt in dieser Form weltweit einzigartig. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in anderen stark mitbestimmten Ländern, wie denen des skandinavischen Raums: eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Lande durch europäische Regelungen darf es nicht geben!

Die deutschen Gewerkschaften und ihre Jugendorganisationen haben stets für eine bessere Europäische Union gekämpft, um allen Arbeitnehmer*innen in Europa gute Arbeitsbedingungen, Ausbildungsmöglichkeiten und Mitbestimmung zu ermöglichen. Dies soll durch die Nutzung der besten Regelungen als Referenz und eine schrittweise Angleichung der Arbeitsbeziehungen nach oben in Zusammenarbeit mit nationalen Verbänden erreicht werden. Dafür sind europäische Rahmenbedingungen erforderlich. Ein

erster Schritt kann darin bestehen, dass die Kapitaleseite zu Verhandlungen über grenzüberschreitende Regelungen verpflichtet wird, wenn die nationalen Gewerkschaftsverbände dieses einstimmig einfordern. Die Gewerkschaften könnten so thematisch zwischen der nationalen und der europäischen Verhandlungsebene wählen, um sowohl nationale Verbesserungen innerhalb der aktuellen wirtschaftlichen Realität zu erreichen als auch Lösungen auf europäischer Ebene für Themen wie Transformation, Standorticherung oder Arbeitszeiten zu finden.

Dies würde dazu beitragen, den Wettbewerb zwischen nationalstaatlichen Lösungen nach unten zu bekämpfen und einen einheitlichen europäischen Sozialraum zu schaffen. Eine Stärkung der Sozialpartner auf europäischer Ebene, ohne dass sie auf nationaler Ebene geschwächt werden, ist für einen erfolgreichen Kampf unerlässlich. Dann lohnt es sich für starke Gewerkschaften, eine weitere europäische Integration auf allen Ebenen zu fordern und zu unterstützen.

AUF AUGENHÖHE KOMMEN MIT MULTINATIONALEN KONZERNEN

Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wird durch die Unfähigkeit der Nationalstaaten, mit international agierenden Konzernen umzugehen, deutlich. Der freie Markt ohne dazugehörigen Sozialraum hat zu einem Wettbewerb der niedrigsten Standards und Steuern zwischen den Staaten geführt. Eine stärkere europäische Sozialordnung und gemeinsame Arbeitsbeziehungen können dies ändern. Es bedarf einer europäischen



Mindeststeuer, einer konsequenten Durchsetzung von starker nationaler Tarifbindung und der oben beschriebenen Reformen im europäischen Arbeitsrecht. Ein einheitliches Europa kann sich keine Konkurrenz untereinander leisten und muss Garant für gute Arbeit sein, um sich im internationalen Wettbewerb zu stärken und eine Augenhöhe mit dem Kapital herzustellen.

Dazu benötigt es auch einen neuen Versuch, eine europäische Verfassung durchzusetzen, in der neben den jetzigen Freizügigkeiten auch verbindliche Rechte für Arbeitnehmer*innen und die Bürger*innen der Union festgehalten werden. Allzu oft schrecken wir davor zurück, eine progressive Alternative zur jetzigen EU zu debattieren, aus Furcht,



Evin Kina (28) ist mit Herzblut Gewerkschafterin und hört nicht auf zu träumen von einer besseren Arbeitswelt in Deutschland und Europa.



Andreas Jansen (37) ist Vorsitzender der DGB-Jugend NRW und Abteilungsleiter Jugend und Demokratie beim DGB NRW.



DAFÜR BRAUCHT ES DIE EU: BESSERER SCHUTZ GEGEN AUSBEUTUNG!

Dieser Prozess und die beschriebenen Reformen würden insbesondere vulnerable Gruppen innerhalb des EU-Arbeitsmarktes schützen und stärken – wie z.B. Saisonarbeiter*innen. Diese spielen eine bedeutende Rolle innerhalb des EU-Wirtschaftsraums, insbesondere in Branchen wie Landwirtschaft, Tourismus und Bauwesen. Dass es dieses Arbeitsmodell gibt, hat für die EU-Wirtschaft einige Vorteile. Sie ermöglichen Unternehmen, flexibel auf saisonale Nachfrageschwankungen zu reagieren und tragen dazu bei, Arbeitskräftemangel in bestimmten Branchen zu überbrücken. Dies wiederum fördert die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum. Darüber hinaus bringen Saisonarbeiter*innen oft verschiedene kulturelle Perspektiven mit sich, was den kulturellen Austausch und die Vielfalt innerhalb der EU bereichert.

Dennoch muss kritisch betrachtet werden, dass sie häufig Opfer von Ausbeutung und schlechten Arbeitsbedingungen sind. Die Wohnbedingungen sind oft unzureichend und die soziale Integration sowie regionale Teilhabe sind schwierig bis unmöglich, da Saisonarbeiter*innen oft keine langfristigen Bindungen zu den Gemeinschaften aufbauen können, in denen sie arbeiten. Darüber hinaus haben sie begrenzten Zugang zu rechtlicher Unterstützung und Schutzmechanismen. Es ist entscheidend, die positive Rolle von Saisonarbeiter*innen anzuerkennen und gleichzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und ihre Rechte zu schützen. Trotz festgelegter Standards durch EU-Richtlinien und nationale Gesetze, die die Rechte der Arbeitnehmer*innen schützen sollen, bleiben Herausforderungen bestehen. Einige Arbeitnehmer*innen sehen sich unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, niedrigen Löhnen, begrenztem Zugang zu Sozialleistungen und schlechten Arbeitsbedingungen gegenüber. Insbesondere Wander- und Saisonarbeiter*innen fallen hierunter. Der Fachkräftemangel darf nicht zu Lasten der Arbeits- und Lebensbedingungen gehen. Eine starke europäische Sozialordnung und starke nationale Gewerkschaften, die gleichzeitig auf europäischer Ebene handlungsfähig sind,

können die Nachteile minimieren und Rahmenbedingungen schaffen, die die positiven Aspekte für die Wirtschaft, aber vor allem für die Menschen in den Vordergrund stellen. Diese neue Sozialordnung wird auch innerhalb der EU elementar sein, um einen sogenannten Brain-Drain in einigen Bereichen zu verhindern, insbesondere wenn die EU noch weiter wächst und Staaten mit Beitrittsperspektive aufnimmt. Der Begriff Brain-Drain bezieht sich auf die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus ihren Heimatländern in Länder mit besseren beruflichen Chancen und Lebensbedingungen. Dies führt zum Verlust von Fachkräften und Know-how, was sich negativ auf die lokale Wirtschaft und die Entwicklung des Herkunftslandes auswirkt. Ziel kann niemals sein, die Regionen innerhalb Europas gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen massive Investitionen in Europa, um alle Regionen an wirtschaftlicher Prosperität teilhaben zu lassen. Und wir brauchen Rahmenbedingungen, die eine europäische Integration ermöglichen, ohne massive Bevölkerungsbewegungen auf Kosten einzelner Regionen auszulösen. Lösungen wie der europäische Mindestlohn, der sich an den regionalen Löhnen orientiert, sind ein erstes Instrument. Europäische Tarifverträge bei steigender Tarifbindung die Lösung.

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

Die Sozialdemokratie und auch die deutschen Gewerkschaften hatten vor gut 100 Jahren den Traum der „Vereinigten Staaten von Europa“ formuliert und die SPD diesen auch in ihr damaliges Parteiprogramm aufgenommen. Selbst der deutsche Krieg, Terror und Massenmord in Europa konnten diesen Traum nicht vernichten. Trotz multipler Krisen und internationalen Unsicherheiten sind wir diesem Traum näher als je zuvor. Unsere Generation kann beweisen, dass die eingangs beschriebenen Sorgen einem geeinten, starken und sozialen Europa gewichen sind. Unsere Generation kann ein System erkämpfen, das sich den Autokratien der Welt als leuchtendes Beispiel entgegenstellt. Unsere Generation hat es in der Hand, den Traum der Arbeiter*innenbewegung zu vollenden – nieder mit den Grenzen – und eine Welt für alle in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu verwirklichen.

rechte Narrative zu stärken. Das führt aktuell dazu, dass die einzigen „Alternativen“ zur EU von den neuen Nazis in Deutschland und Europa verbreitet werden. Die jetzige EU-Wahl darf nur ein Zwischenschritt sein, diesen Kräften den Kampf anzusagen. Gemeinsam müssen wir als internationale Bewegungen für eine hohe Wahlbeteiligung kämpfen und gleichzeitig eine Debatte zur Zukunft eines solidarischen Europas beginnen. Europa ist zu wichtig, um es den Marktradikalen zu überlassen. Ein neuer Anlauf zur europäischen Verfassung ist überfällig. Diesen müssen wir einfordern, begleiten und in unserem Sinne gestalten. Wir brauchen ein Europa, das seine Werte nicht nur aufschreibt, sondern lebt. Diesen Kampf müssen wir gemeinsam führen.

*Sabrina ist Juso und Europa-Spitzenkandidatin der SPD in Mecklenburg-Vorpommern. In ihrem Gastbeitrag könnt ihr lesen, warum echte Europäische Integration nur funktioniert, wenn wir aus West-Ost-Gegensätzen gelebte Freund*innenschaften machen!*



EUROPA IST MEHR ALS DIE DEUTSCH- FRANZÖSISCHE FREUNDSCHAFT!

Sabrina Repp (25) ist Juso-Ostkandidatin und Spitzenkandidatin der SPD Mecklenburg-Vorpommern für die Europa-Wahl. Sie hat Politikwissenschaft in Dresden und Rostock studiert und engagiert sich bei den Jusos, seitdem sie 14 Jahre alt ist. Sie ist stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos MV und Kreisvorsitzende der Jusos Rostock. Hier könnt ihr mehr über Sabrina erfahren:



WEBSITE: www.sabrina-repp.eu
INSTAGRAM: [sabrina.repp](https://www.instagram.com/sabrina.repp)
TIKTOK: [sabrina.repp](https://www.tiktok.com/@sabrina.repp)
THREADS: [sabrina.repp](https://www.threads.net/@sabrina.repp)
FACEBOOK: [sabrina.repp](https://www.facebook.com/sabrina.repp)

Sehr oft werde ich gefragt: Warum möchtest du eine junge, weibliche und ostdeutsche Stimme im Europäischen Parlament sein? Was hat Ostdeutschland damit zu tun?

Die mittel- und osteuropäischen Länder haben eine Geschichte, die mit unserer ostdeutschen eng verbunden ist. Gemeinsam waren wir über 45 Jahre hinweg im Einflussbereich der Sowjetunion. Gemeinsam haben wir unter der antidemokratischen Hegemonie und den Einschränkungen gelitten.

Dennoch war und ist die Politik der Europäischen Union eine vorrangig westeuropäische Politik, die unsere Nachbar*innen östlich der Oder viel zu oft als Hinterhof der EU und als Vorhof zu Russland betrachtet hat. So zählen immer noch zahlreiche osteuropäische Staaten, wie Polen oder auch Staaten des Baltikums zu den ärmsten Ländern Europas (vgl. Eurostat, 2022). Zahlreiche Unternehmen siedeln sich vorrangig in den westeuropäischen Staaten an und verlangsamen somit auch einen wirtschaftlichen Aufstieg und eine bessere Bezahlung vieler Osteuropäer*innen. Ausbeutung und Niedriglohn in diesen Staaten gehört zur Realität europäischer Politik. Osteuropa ist wie Ostdeutschland in Teilen zur verlängerten Werkbank des Westens geworden. Geringe Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen sind die Folge.

Die Erfahrungen, die wir innerhalb Deutschlands in den Jahren nach der sogenannten Wiedervereinigung gemacht haben, stehen exemplarisch für unsere östlichen Nachbar*innen, wo Unterschiede zu westeuropäischen Ländern nach wie vor noch deutlich sichtbar sind.

Deutschland befindet sich bei der Neuausrichtung der europäischen Politik in einer historisch besonderen Position, die wir als solche begreifen und nutzen sollten. Als Staat, durch den über 40 Jahre lang die unüberwindbar scheinende Grenze zwischen dem „Osten“ und dem „Westen“ verlief, sollten wir diese historische Erfahrung nutzen, um die noch immer existierenden Grenzen aufzubrechen. Wir streben schon lange nach gleichen Voraussetzungen innerhalb Deutschlands. Diese brauchen wir aber auch in ganz Europa.

Insbesondere die Transformation ermöglicht uns diese bestehenden Ungleichheiten abzubauen. Durch gezielte Investitionen seitens der EU, verbunden mit besseren Arbeitsbedingungen, einer fairen Bezahlung und mehr Tarifbindung.



Vor allem jungen Menschen muss dabei in Form einer europaweiten Jugendgarantie, die Ausbildungsplätze sowie den Zugang zum Arbeitsmarkt garantiert und zugleich Jugendarbeitslosigkeit minimiert, eine Perspektive vor Ort gegeben werden. Sie sollten nicht gezwungen sein, ihr Zuhause zu verlassen, um die gleichen Chancen auf ein glückliches Leben und zur Teilhabe an der europäischen Gemeinschaft zu haben. Unsere Fachkräfte-Problematik sollte nicht zur Folge haben, dass wir nichts an den unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen innerhalb der EU-Staaten ändern und letztendlich davon profitieren, um unsere eigenen Herausforderungen zu bewältigen.

Darum wird deutlich, dass der Traum von einem guten Leben in Europa einigen mehr oder anderen weniger zuteil wird. Politikverdrossenheit oder gar Ablehnung zu den europäischen Werten sind die Folge. Nur wenn

wir es schaffen, diese Ungleichheiten und Vorurteile zu beseitigen, wird es uns möglich sein die EU stark und zukunftsfähig zu machen.

Als Juso-Ostkandidatin und Kandidatin der SPD Mecklenburg-Vorpommern möchte ich dazu meinen Teil im Europäischen Parlament beitragen und die europäische Politik um diese Perspektive erweitern.

Denn auch in meiner Familie hat die Friedliche Revolution für einschneidende Veränderungen gesorgt. Meine Mutter konnte ihre gelernte Tätigkeit als Gärtnerin nicht mehr fortführen – was folgte war Langzeit-Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, 1€-Job und nicht zuletzt Kettenbefristung als Reinigungskraft. Schon früh lernten meine Schwester und ich daher, was es bedeutet, aufs Geld zu achten, auf Dinge zu verzichten und Verantwortung für uns und unsere Familie zu übernehmen. Meine Familie steht dabei exemplarisch für viele Familien. Häufig scheint deine Zukunft vorherbestimmt, dir werden immer wieder Türen zugehalten und du musst immer mehr geben als viele andere.

Unsere Welt bietet dabei nicht allen die gleichen Chancen – wichtig ist es an dieser Stelle Verantwortung für all jene zu übernehmen, die es eben schwerer haben – nicht nur bei uns hier vor Ort, sondern weltweit. Darum liegt es mir besonders am Herzen, für mehr Gleichstellung in Europa und weltweit zu sorgen, ob Ost oder West, ob Jung oder Alt, ob Stadt oder Land, ob oben oder unten, ob mit deutschem Pass oder ohne, ob Mann oder Frau – alle verdienen die gleichen Chancen auf ein gutes Leben.

Die Geschichte der Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich hat gezeigt, wie aus Feindschaft und Vorurteilen ein Motor für die EU und langanhaltender Frieden werden können. Darauf gilt es aufzubauen und eine EU auf Augenhöhe aller Mitgliedstaaten voranzubringen.

POLAND AMIDST AN ELECTORAL MARATHON

Since especially young people voted PiS out of government in the October elections, causing a deep breath of relief for many progressives in Europe, the dust has since settled and the Polish people look at their new government with high expectations. Will the regional elections in April serve as an early indicator for government support? Aleksandra Iwanowska, YES vice president from Poland, looks at both elections and their consequences for Poland's future.

Dieser Text wurde im englischen Original belassen. Eine deutsche Übersetzung findet ihr auf unserer Website:



With the European People's Party President, Manfred Weber's symbolic proclamation that "Poland is back" on 16th October 2023 in Strasbourg, many in Europe and beyond took a deep breath of relief and hoped that all would be quiet on the Eastern front. But now it is high time to exhale. From the historic turnout of around 75%, through youth mobilisation showing voting preferences of the first-time voters as citizens of both Poland and the European Union, to finally putting a deep crack in the recent Central Eastern European predicament of falling into the trap of right-wing populism, the post-electoral rose-tinted glasses are starting to wear off. With the dust settling down, the "15th October Coalition" government up and running, and yet another sprint of elections in Poland approaching, politics is happening faster than one is able to refresh their X account.

It is no coincidence that the upcoming local elections (7th April 2024) are treated as a second round of the 15th October elections. It seems that these elections will truly determine the durability of the internationally celebrated change in Poland. However, the thing about change is its synonymy with "process" and not "event". The aforementioned local elections will not only influence the political mood before the European elections in the 5th biggest Member State in terms of the European Parliament's seats distribution, but most importantly, their results will be a hallmark of whether Law and Justice (PiS) will be forced to go into a full defensive mode or simply try to wait out a bump in the road from the rather comfortable seats of the opposition that is scoring on pure critique without substance whilst not providing tangible alternatives. And it would not be Polish politics, after all, if we were not on the edge, especially with the 2025 Presidential

elections looming in the background, slowly but very much steadily engraving themselves in the consciousnesses of all political leaders.

One of the first most visible hiccups of the Tusk-led government, shedding light to how this rather wide coalition is balancing on thinning ice, was the decision of Szymon Hołownia, Marshal of the Sejm (i.e. speaker of the parliament), to have the bills regarding liberalising the abortion laws read only after the local elections. The package of bills waiting to be read out not only contained abortion up to the 12th week, but also decriminalisation of helping in accessing abortion services. However, it quickly turned out for Szymon Hołownia (founder of Polska 2050, a part of Third Way coalition) that meeting with the Catholic Church's hierarchs and announcing that decision hours before the clock struck midnight on 8th March, was to put it mildly, a huge miscalculation. And that behaviour of the reality-show presenter seemingly turned to reconciling statesman from the misjudged, or rather only presenting centre of the political compass is more telling about the transformations ongoing in the Polish parliamentarism – and society especially – than initially meets the eye. Thus, to the words of Weber it could be added that "the Polish electorate is stronger than ever" as in the aftermath of 15th October the voters are realising that they are not being given what they have been promised by the politicians they gave jobs to. And in the next few months there will be a few chances to iron it out.

Although not visible from the outside in, the aforementioned issue is playing a huge role in the upcoming local elections with the research done by Fundacja Batorego showing not just frustration, especially with the Third

Way in the government, but overall demobilisation of the key electoral group; women, who alongside the youth, have not just been credited but thanked on many occasions by the politicians of the "15th October Coalition" in tipping the scales significantly in favour of removing PiS from power. In the context of the upcoming elections, this trend seems to be a wake-up call for the current parties in government as it is likely to contribute to PiS not losing its face entirely in the post-7th April Poland.

The societal backlash regarding reproductive rights is, it seems, also showing a new degree of political consciousness, especially when taking into account voters who did not experience the transformation of the political system but only read about it in school textbooks. Not only are we unforgiving, but we also do not want to settle for voting negatively. It seems that despite this change only starting to reap its sows, The Left could strongly benefit from it, steadily balancing the landscape of established, and not seasonal parties, simultaneously pulling away the political system from its centre-right roots. It may also not be far-fetched to state that in Poland we are seeing a change in what it means to be a so-called centrist: conservative at the core but capitalising off progressive aesthetics. It remains to be seen whether that "sticks" as 15th October has surely shown its success as an electoral tactic in the hands of conservative groups who realised it pays off to paint themselves more progressive than they would ever dream of being.

This article was written before the April 7th local elections.



Aleksandra Iwanowska ist YES (Young European Socialists) Vice President und Genossin aus Polen.

Für Lisa Fürst (28 Jahre) ist das Grundgesetz auch nach dem Jura-Studium noch eines der schönsten Bücher. Zugegebenermaßen fehlt manchmal der Spannungsbogen.



DEMOKRATIE BRAUCHT DEMOKRAT*IN

Was eine wehrhafte Demokratie im Kampf gegen Rechtsextreme leisten kann

Am 23. Mai wird das Grundgesetz 75 Jahre alt, doch an Rente ist noch lange nicht zu denken. Dabei ist vor allem das Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ seit Veröffentlichung der Correctiv-Recherchen in aller Munde. Bei den Demonstrationen gegen die Deportationspläne von AfD und Co. wurde immer wieder auch ein Verbot der AfD gefordert. Doch unter welchen Voraussetzungen ist es mit der freiheitlichen Demokratie des Grundgesetzes vereinbar, eine Partei zu verbieten? Wenn ein Verbot scheitert, welche Mittel bleiben dem demokratischen Staat dann noch, um sich zur Wehr zu setzen?

Nach dem Prinzip der „wehrhaften“ oder auch „streitbaren“ Demokratie verfügt eine Demokratie über Instrumente, mit denen sie sich gegen ihre Feinde verteidigen kann. Zu diesen Mitteln zählen neben dem Verbot verfassungsfeindlicher Parteien und Vereinigungen auch die Verwirkung von Grundrechten. Dass Deutschland eine Demokratie ist, kann nicht einmal durch einen Mehrheitsbeschluss im Bundestag geändert werden. Das Demokratieprinzip zählt – wie die Menschenwürde – zu den unabänderlichen Grundpfeilern des Grundgesetzes. Hier wird bereits das Dilemma der Demokratie deutlich: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, das durch die gewählten Vertreter*innen repräsentiert wird. Wenn Wahlen aber mehrheitlich zugunsten von Parteien ausgehen, die die Demokratie demontieren wollen, muss das Grundgesetz sich einem solchen Mehrheitswillen nicht beugen. Dahinter steht die „Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei“. Die Erfahrung des Nationalsozialismus hat uns gelehrt, dass der demokratische Staat sich selbst erhalten und verteidigen dürfen muss.

75 JAHRE GRUNDGESETZ

Ein Parteiverbot darf daher nur das letzte Mittel sein und hat hohe Hürden. Es reicht nicht aus, dass eine Partei lediglich beabsichtigt, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder sogar zu beseitigen.

Sie muss darüber hinaus auch das Potenzial aufweisen, dabei erfolgreich zu sein. Hieran scheiterte bereits das Verbot der NPD (mittlerweile „Die Heimat“). Wie erfolgversprechend und strategisch sinnvoll ein Verbotverfahren gegen die AfD wäre, kann und soll hier nicht beantwortet werden. An dieser Stelle sei nur darauf hingewiesen, dass ein Verbot einzelner besonders radikaler Landesverbände (looking at you, AfD Thüringen) oder ein Vereinsverbot der Jungen Alternative voraussichtlich aussichtsreicher wäre.

Die NPD konnte das Bundesverfassungsgericht zwar nicht verbieten, ihr dafür aber zumindest den öffentlichen Geldhahn abdrehen. Für einen Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung reicht es im Gegensatz zum Parteiverbot nämlich bereits aus, wenn die Partei nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen – unabhängig der Erfolgsaussichten dieses Ansinnens. Ein solches Vorgehen wäre auch gegenüber der AfD denkbar und in ähnlicher Weise sogar gegen die Desiderius-Erasmus-Stiftung. Hier ist der Gesetzgeber bereits tätig geworden: Staatliche Förderung erhalten politische Stiftungen nach der neuen Gesetzeslage erst dann, wenn die stiftungsnahе Partei dreimal hintereinander im Bundestag vertreten war und wenn die Stiftung die Gewähr dafür bietet, „aktiv für die freiheitlich demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung einzutreten“. Für die AfD dürfte es wohl an beidem scheitern.

Eine wichtige Rolle spielt das bereits erwähnte Bundesverfassungsgericht, das u.a. über Parteiverbote entscheidet. Deshalb ist es enorm wichtig, dass es allen anderen Verfassungsorganen gegenüber selbstständig und unabhängig agieren kann. Als Negativbeispiel dient die massive Kontrolle, die die frühere PiS-Regierung über das höchste Gericht in Polen ausübte. Aus gutem Grund können Verfassungsrichter*innen vom Bundestag nur mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Das steht aber nicht im Grundgesetz, sondern lediglich im Bundesverfassungsgerichtsgesetz, das schon mit einer einfachen Mehrheit geändert werden kann. Sobald Rechtsextremist*innen eine Mehrheit

im Bundestag bilden, können sie also den Wahlprozess umgestalten. Dem könnte man vorbeugen, indem die Wahl der Verfassungsrichter*innen im Grundgesetz verankert wird. Die hierfür erforderliche 2/3-Mehrheit setzt jedoch voraus, dass die Ampel-Regierung eine Einigung mit der CDU/CSU erzielen kann.

ES KOMMT AUF JEDE*N AN

Das Grundgesetz kann noch so durchdacht sein – wenn seine Prinzipien nicht auch jeden Tag aufs Neue gelebt werden, dann wackelt unsere demokratische Ordnung. Dabei sind alle demokratischen politischen Parteien in Verantwortung zu nehmen. Zum einen müssen sie nach innen eine gesunde Debattenkultur gewährleisten und politische Partizipation vorleben. Zum anderen spielen sie eine zentrale Rolle dafür, wie sich die extreme Rechte in staatlichen Institutionen etablieren und diese im schlimmsten Falle sogar umgestalten kann. Demokratische Parteien dürfen niemals Steigbügelhalter für die extreme Rechte sein oder Mehrheiten mit ihr organisieren. Vielmehr müssen sie untereinander Allianzen schmieden und Koalitionen für die Demokratie bilden. Das bedeutet auch, so manche Meinungsverschiedenheit in entscheidenden Momenten beiseitezulegen. Nicht zuletzt werden nach den diesjährigen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg auch Christdemokrat*innen darüber entscheiden, ob die AfD zur Regierungspartei aufsteigt.

„Demokratie braucht Demokrat*innen“, würde Friedrich Ebert heute sicher umso überzeugter skandieren, sofern ihm die CSU nicht vorher das Gendern verbietet. Wir alle können etwas gegen Rechtsextremismus und für unsere Utopien bewirken. Die Verfechter*innen der Demokratie tragen nicht alle Capes oder die – zum Verwechseln ähnlichen – roten Roben der Verfassungsrichter*innen. Sie diskutieren im Stadtrat über eine bessere Versorgung von Geflüchteten in der Kommune, sie klingeln an Haustüren und erinnern an die Europawahl, sie handeln in Schüler*innenvertretungen Kompromisse aus, sie kandidieren für Mandate und Ämter, engagieren sich in Vereinen, Gewerkschaften und Bündnissen, sie diskutieren mit Verwandten und Freund*innen und vor allem lassen sie nicht locker. Es ist wichtig, alle verfügbaren staatlichen Mittel gegen die Feind*innen der liberalen Demokratie zu bemühen. Eine bloße Gegner*innenbekämpfung sichert sie aber nicht nachhaltig. Das vermag nur eine lebendige und selbstkritische demokratische Kultur auf allen Ebenen zu leisten. Dafür kommt es auf uns alle an.

WOMEN

WEHRHAFT, ABER WIE?

Die Mittel hierzu müssen rechtzeitig ergriffen werden und nicht erst, wenn Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Demokratie bereits verloren sind. Gleichzeitig greifen Maßnahmen wie ein Parteiverbot tief in die Parteienfreiheit ein, die selbst wiederum zum demokratischen Fundament zählt.

DYSTEUROPA 2024

EIN SATIRISCHER GASTBEITRAG DER JUSOS BRÜSSEL



Der folgende Text beschreibt den fiktiven Alltag eines jungen Lobbyisten in Brüssel im Jahr 2024. Alle Personen und Ereignisse in dieser Erzählung sind rein fiktiv. Jegliche Ähnlichkeiten mit realen Personen, lebendig oder verstorben, sind rein zufällig und nicht beabsichtigt.

Ich werde nicht vergessen, wie ich am Tag nach der Wahl von meinem Radiowecker wachgerüttelt wurde und mir zunächst die Stimme von Kacksimilian Mah entgegenkrächte: „Steh zu dir – echte Männer sind rechts“. Das konnte nur heißen, dass die Rechtsradikalen die Wahl gewonnen hatten. Der Fleck auf dem Teppich ist geblieben. Ich hatte damals vor Schreck aus dem Bett gekotzt.

Mir graut es bei dem Gedanken, dass ich heute, am Montag, dem 9. Dezember 2024 – 6 Monate später – ausgerechnet diesen Mann zu einem Lobby-Gespräch treffen muss. Nach zermürbenden internen Diskussionen hatte sich unser Vorstand doch dazu entschlossen, Rechtsradikale zu lobbyieren. Keiner hat Lust darauf. Mein Job ist es, die Interessen des Unternehmens „Pflanzenwurstmanufaktur“ zu vertreten und die industrielle Funktionsweise der vegetarischen Wurstverarbeitung in die politischen Prozesse einzubringen. Mein Job ist es nicht, mir das Geheule dieses Nazi-Würstchens anzuhören und mir den Klimawandel erklären zu lassen.

Bis vor Kurzem war eine Zusammenarbeit mit den Rechtradikalen vollkommen ausgeschlossen. Aber dann der Dammbbruch: ein großes US-Tech-Unternehmen lädt den rechtsradikalen italienischen EU-Kommissar gemeinsam mit einer weiteren Abgeordneten der Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) zu einer öffentlichen Veranstaltung ein. Nach der Wiederwahl von Trump gibt es keine Hemmungen mehr, solche Veranstaltungen zu organisieren, die auf der anderen Seite des Atlantiks wohl zur Notwendigkeit geworden sind. Wer aber hier

nicht mitspielt, verliert an politischem Einfluss. Und plötzlich werden rassistische, menschenfeindliche, populistische und in vielen weiteren Hinsichten widerwärtige Parteien von allen Seiten hofiert. Und ich frage mich, ob ich im 21. oder im 20. Jahrhundert lebe?

Im Büro öffne ich meinen Computer. Wer schrieb mir Sonntagmorgen um 9:03h? Eine Antwort auf meine Anfrage zu einem meiner Dossiers. Der Input sei sehr hilfreich und auch interessant gewesen, aber er verbitte sich jegliche Sonderzeichen in deutschen Wörtern. Wenn der Absender sich „noch nicht mal entscheiden könne, ob er sich an Weibchen, Männchen oder sonstige Fantasiegeschlechter wende“, rechne er normalerweise nicht mit einer hohen inhaltlichen Qualität. Ich solle das zukünftig unterlassen, wolle ich nicht, dass meine Nachrichten ungelesen gelöscht werden. Meine Güte, hatte der zu viel Bier zum Frühstück, Sonntag um 9:03h? Notiz an mich selbst: Bei meinem Arbeitgeber Schmerzensgeld beantragen.

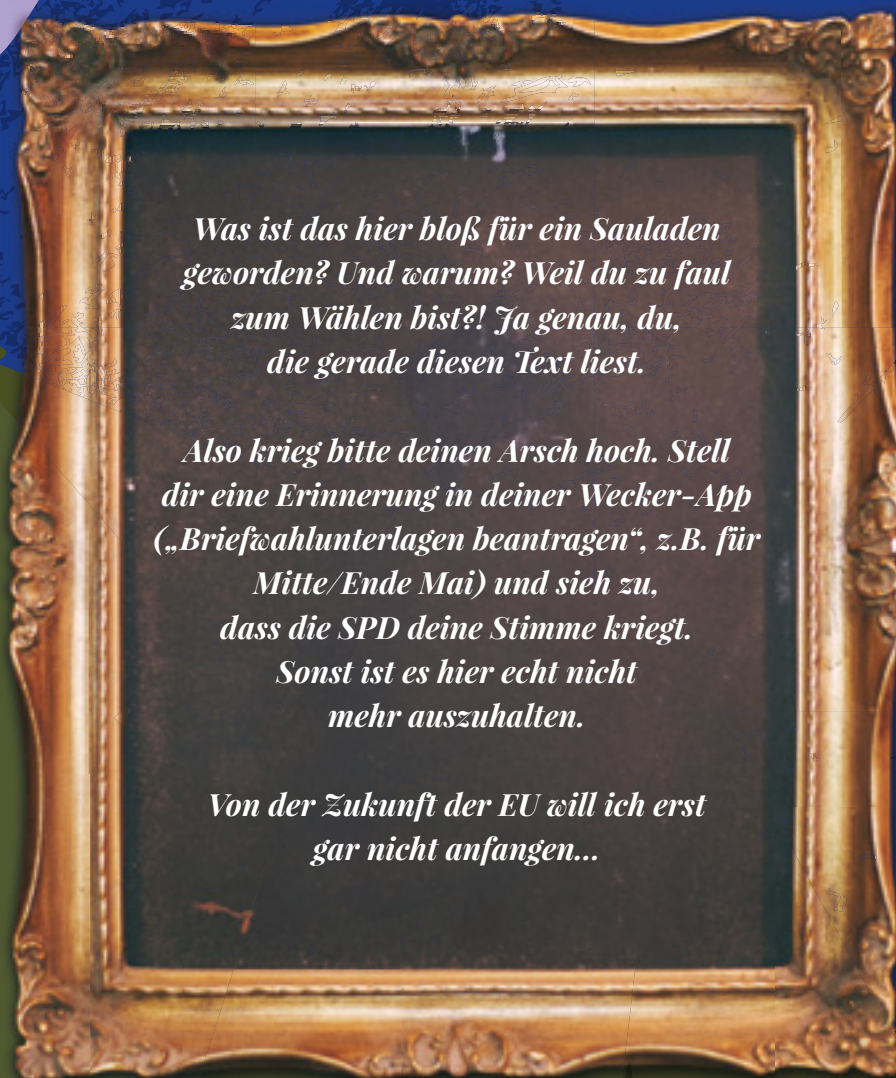
Ich öffne mein Handy und lese meine WhatsApp-Nachrichten. In einer meiner dienstlichen Whatsappgruppe geht es wild zu. Wieder ein Belästigungsvorfall auf dem PLUX. Seitdem sich die Zahl der Mitarbeiter*innen der IDler verdoppelt hat, sind die Donnerstagabende vor dem Europaparlament, wo sich Praktikant*innen und Mitarbeiter*innen auf ein geselliges Feierabendbier treffen, nicht mehr sicher. Schockiert stelle ich fest, dass in dieser Gruppe Assistenten und befreundete Industrielobbyisten ihre gestrigen Trophäenbilder austauschen. Ich lese nicht die Nachrichten der Opfer. Das sind die Täter.



Die weiblichen Lobbyistinnen in dieser Gruppe schweigen. Angewidert lege ich das Handy weg.

Nach der Stimme von Mah ertönt nun die Stimme von Ulla von der Leyden, die weiterhin Kommissionspräsidentin geblieben ist. Eine Sache, die sich leider nicht geändert hat. Aber mit ihrer migrationsfeindlichen Politik und ihrem martialischen Gehabe konnte sie sich bei ihrer Wiederwahl eine satte Mehrheit von 12 Stimmen sichern. Dreimal so viel wie bei der letzten Wahl 2019. Auch einige der Identitären hatten ihr zur Wiederwahl verholphen.

Entnervt gucke ich von meinem Schreibtisch auf und starre die Wand an. Mein in Gold eingerahmter Appell im Verbandsmagazin der NRW Jusos zu Beginn dieses Jahres glotzt mir entgegen. Damals schrieb ich:



Was ist das hier bloß für ein Sauladen geworden? Und warum? Weil du zu faul zum Wählen bist?! Ja genau, du, die gerade diesen Text liest.

Also krieg bitte deinen Arsch hoch. Stell dir eine Erinnerung in deiner Wecker-App („Briefwahlunterlagen beantragen“, z.B. für Mitte/Ende Mai) und sieh zu, dass die SPD deine Stimme kriegt. Sonst ist es hier echt nicht mehr auszuhalten.

Von der Zukunft der EU will ich erst gar nicht anfangen...

Die Jusos Brüssel gehören zum Unterbezirk Aachen und geben allen Jungsozialist*innen, die es nach Brüssel verschlägt, eine politische Heimat. Viele von uns arbeiten im europäischen Kontext. Gerne unterstützen wir Juso-Gruppen in der Organisation einer Bildungsreise nach Brüssel oder tauschen uns einfach mit ihnen aus. Wir freuen uns bereits jetzt, euch zu unserem alljährlichen Europaseminar **„NRW meets EU“ am 29.11.-1.12.2024** nach Brüssel einladen zu dürfen.

Ziel des Seminars ist es, einen Einblick in das alltägliche Geschehen in Brüssel zu geben, die Funktionsweise der EU vorzustellen sowie die Vernetzung zwischen den NRW Jusos und den Jusos Brüssel. Wir möchten uns dabei wieder an einer konkreten politischen Fragestellung orientieren. Zielgruppe sind alle europapolitisch interessierten Jusos aus NRW mit und ohne Vorkenntnissen zur EU. Schreibt uns gerne unter jusos.bxl@gmail.com oder folgt uns auf Insta und Tiktok!

» Immerhin hatte ich es versucht. Leute, ey, macht's besser!

HÖCHSTE ZEIT, TIKTOK ZU RECLAIMEN!

Es ist ein Sammelbecken für Hass im Netz und Fehlinformationen. Dennoch hat TikTok eine Reichweite wie kaum eine andere Social-Media-Plattform, insbesondere in der Zielgruppe junger Menschen. Die Plattform, die ursprünglich als Spaß-App galt, hat einen Wandel vollzogen und rückt immer stärker in den Fokus politischer Diskussionen. Neben unterhaltsamen Inhalten spielen politische Themen eine zunehmend wichtige Rolle auf TikTok.

Kritiker*innen bemängeln vor allem den mangelnden Jugendschutz, die Zensur politischer Inhalte und die Intransparenz in Bezug auf Datenschutzpraktiken. Insbesondere die Zensur politischer Inhalte hat für Aufsehen gesorgt. Moderator*innen wurden angewiesen, Inhalte zu Demonstrationen in Hongkong oder Kritik an Regierungen zu beschränken. Bedenken hinsichtlich Datenschutz bestehen vor allem in Bezug auf mögliche Überwachung durch die chinesische Regierung. Aber all das hält die Menschen offenbar nicht von der Nutzung der App ab.

Maximilian Reeck (24) mag es auch lieber Tiktok-Videos zu schauen, statt sie zu produzieren, aber ist überzeugt, dass wir hier Gas geben müssen.



Dem gegenüber steht für uns als politische Akteur*innen der strategische Vorteil von TikTok, dass der Algorithmus Videos weit über die „eigene Bubble“ hinaus ausspielt und gleichzeitig den Effekt von „Echokammern“ begünstigt. Innerhalb kürzester Zeit können mit dort veröffentlichten Clips beachtliche Reichweiten erzielt werden.

Die AfD, andere Menschenrechtsfeinde oder Schwurpler*innen haben dieses enorme Potenzial rechtzeitig erkannt und finanzielle Ressourcen sowie menschliche Kapazitäten investiert, um auf dieser Plattform anzukommen. In populistischer Manier wird rückwärtsgewandte Propaganda verbreitet und erzielt zum einen Reichweite (75 Prozent der Reichweite, die politische Parteien erzielen, geht allein auf das Konto der AfD.) und zum anderen auch immer mehr Zuspruch.

90 Minuten täglich haben TikTok-Inhalte einen direkten Draht in die Köpfe von Kindern und Jugendlichen. 90 Minuten am Tag, an denen neben Katzenvideos und Do-It-Yourself-Tipps vor allem Informationen und Meinungen konsumiert werden. 90 Minuten, die beeinflussen, ob jemand sich menschenfeindlicher Absichten bewusst ist oder Nazi-Erzählungen auf den Leim geht.

Unter dem Hashtag #reclaimtiktok wurde nun eine Gegenbewegung gestartet, um der Propagandastrategie etwas entgegenzusetzen. Kommentieren, einordnen, sachliche Beiträge teilen, eigene Inhalte erstellen, mit „stitches“ reagieren – all das soll dazu beitragen, Falschmeldungen kenntlich zu machen, populistische Argumentationsmuster zu entlarven und Diskussionen wieder zu versachlichen.

Diese Rückkehr zu einer Argumentation, die sich nicht in der populistischen Bekämpfung des politischen Gegners erschöpft, brauchen wir dringend. Klar darf man dafür mit einem provokanten Satz in das Video starten – aber die übrigen politischen Akteur*innen dürfen eben nicht dazu neigen, genauso verallgemeinernde Antworten liefern zu wollen, wie es die Populist*innen tun. Die größte Herausforderung bleibt es, Politik so zu erklären, dass alle sie verstehen, ohne dass dabei wesentliche Fakten verkürzt, verdreht oder ignoriert werden. Wenn wir das – egal ob auf TikTok oder bei der Wahlkampfaktion – hinbekommen, dann können wir wieder Menschen für unsere Politik begeistern. Dass die Plattform TikTok hierfür ein wichtiges Instrument sein kann, ist den meisten nicht erst seit diesem Artikel klar. Also lasst es uns anpacken!

EHE ODER EHER NICHT?

EIN FEMINISTISCHES FÜR UND WIDER



PRO CONTRA

Über das Ende der Ehe zu philosophieren scheint aktuell in Mode. Die Schriftstellerin Emilia Roig veröffentlichte erst vor kurzem ein ganzes Buch zum Thema, Sarah wiederum liegt mir, seit wir uns kennen, mit den gleichen Argumenten im Ohr: Die Ehe reproduziert patriarchale Strukturen und Machtverhältnisse; das soll alles weg! Und klar, das klingt erstmal alles logisch.

Fakt ist: In heterosexuellen Ehen ist es häufig die Frau, die weniger oder gar nicht erwerbstätig arbeitet und so im Alter oft in die Armutsfalle tritt. Auch verrichten Frauen noch immer den überwältigenden Anteil an Carearbeit. Aber der Gender Care Gap wird doch nicht einfach ein Relikt der Vergangenheit, nur weil irgendwann immer seltener Eheringe die Hände zieren. Und wer glaubt, dass die Verdrängung der Frau vom Arbeitsmarkt passé ist, nur weil die Ehe abgeschafft wird, der glaubt auch, dass das Patriarchat mit einem lieben Bitte und Danke zu Fall gebracht werden kann. Denn wir wissen durch viele empirische Erhebungen: Der Gender Care Gap nimmt überall dort zu, wo Kinder ins Spiel kommen, da die Gesellschaft und auch wir selbst noch immer zu oft in der Vorstellung gefangen sind, Frauen könnten sich halt einfach besser kümmern und den Männern läge das nicht so recht.

Altersarmut wird durch steuerliche Vorteile wie dem Ehegattensplitting und durch sexistische Diskriminierung bei Einstellungsverfahren begünstigt. Partnerschaftsgewalt betrifft auch unverheiratete Frauen, denn gewalttätige Männer haben noch nie einen Eheschein gebraucht, um Frauen zu unterdrücken. Und deshalb denke ich mir: Nehmen wir diese Umstände doch ernst und diskutieren nicht am Thema vorbei! Und das heißt konkret: Sollen doch alle fette Partys feiern, wenn man vor aller Welt und mit Freund*innen und Familie die eigene Liebe zelebrieren möchte. Und als politischer Verband kämpfen wir derweil weiter für die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Revolution der Carearbeit und mehr Prävention und Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt!

Ob Leute heiraten wollen oder nicht, das ist natürlich Privatsache und kann gerne jede*r frei handhaben. Aber es ist eben genau das: Privatsache. Ich sehe keine Gründe dafür, dass die Ehe eine staatliche Institution sein sollte, die staatlich geschützt und gefördert werden sollte. Ganz im Gegenteil: Die Institution Ehe ist ein patriarchales Instrument, das wesentlich für die Unterdrückung der Frau ist.

Für Frauen bedeutet die Heirat häufig finanzielle Abhängigkeit. Die bürgerliche Kernfamilie, die meistens Teil oder Folge der traditionellen Ehe ist, genießt gesellschaftlich ein hohes Ansehen, aber führt dazu, dass durch die ungleiche Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit Frauen in prekären Abhängigkeitsverhältnissen leben. Das wird noch von staatlicher Seite bestärkt durch Instrumente wie das Ehegattensplitting. Die Institution Ehe ist aufgeladen voll von sexistischen Wertvorstellungen und äußert sich vielfach in problematischen Traditionen: der Vater übergibt die Braut ihrem zukünftigen Ehemann; das Heiraten in Weiß, weil Frauen „rein“ und „unschuldig“ zu sein haben; das Werfen des Brautstraußes, was deutlich machen soll, dass Frauen vor allem ein Ziel im Leben haben: einen Mann zu finden.

Jetzt könnte man natürlich sagen, dass man die Ehe reformieren könnte, Traditionen überdenkt bis überholt oder staatliche Instrumente wie das Ehegattensplitting abschafft. Aber es ändert nichts daran, dass die Idee der Institution Ehe immer schon dazu diente, Frauen zu unterdrücken und es deshalb keine staatlich geschützte und geförderte Institution sein sollte – sondern eben Privatsache.



Für **Nina Gaedike (26)** geht das zusammen: das Patriarchat abschaffen aber mit der Ehe die eigene Liebe feiern!



Sarah Mohamed (32) hält dagegen: Die Heirat sollte Privatsache sein – nicht länger staatlich geförderte Institution.

Alicem Polat (25) glaubt an eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Dabei ist ihm egal, wo die Menschen gerade stehen. Hauptsache für uns muss sein, solidarische, funktionierende und somit linke Antworten auf ihre Fragen zu bieten!



WER „MITTE“ SAGT, HAT NOCH NICHTS GESAGT.

Weniger „Lebensgefühl“, mehr harte materielle Gegensätze in den Blick nehmen. Warum die Sozialdemokratie nicht nur über „Respekt“ für die Mitte, sondern über Geld sprechen sollte: Das fehlende Geld bei Menschen „unterhalb“ der Mitte sowie den teilweise obszönen Reichtum „oberhalb“ der Mitte.

Die Sozialdemokratie bildet sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder ein, in einem identitären Konflikt zwischen der „Realpolitik“ und linken Idealen zu stehen, ohne eine greifbare Perspektive, wie sich dieser Konflikt auflösen lässt. Dabei lautet der neueste Versuch einer Antwort: man wolle für die „Mitte“ der Gesellschaft eintreten. Die ominöse Mitte ist dabei vermeintlich mehr ein Gefühl als eine definierbare Masse. Es ist der verzweifelte Versuch endlich vermitteln zu wollen, dass man doch eigentlich für die „wahren Probleme“ in der Gesellschaft einstehe. Frei nach dem Motto: „For the many, not the few“. Dass damit eigentlich ein sozialistisches Ideal vertreten werden könnte, indem man für die Umverteilung des Kapitals von den Wenigen auf die Vielen einen wahren sozialdemokratischen Weg beschreitet, will gar nicht erst kommuniziert werden. Denn „links“ sei politisch behaftet und nicht zu vermarkten. Dabei war es doch das, was die Vielen einst für die Sozialde-

mokratie begeistert hat. Denn es geht nicht um die Debatte einer räumlichen Positionierung, sondern darum, durch die Wahrung des Schutzes der vermeintlich Wenigen erst eine Masse zu schaffen. Denn diejenigen, die sich in der Gesellschaft zurückgelassen und allein fühlen, lassen sich nicht davon begeistern, dass ihnen eine generische Identität der „Mitte“ übergestülpt wird.

WO KOMMEN WIR ALS SOZIALDEMOKRATIE HER?

Ja, dennoch ist der Glaube an die Gesellschaft der Freien und Gleichen von einem Gefühl geprägt. Von dem tiefsitzenden und schmerzenden Gefühl von Ungerechtigkeit in der Welt. Dass dieses Gefühl maßgeblich für die Gründung sozialistischer Vereinigungen war, lässt sich nicht abstreiten. Denn die Sozialdemokratie wusste schon lange, für wen sie eintreten will, bevor sie sich im Klaren war, für was sie gemeinschaftlich

Arbeiter!



Wählt Eure Partei Die Sozialdemokratie

einstehen will und wie sie es letztlich erreichen kann. Schon der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ und die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ waren sich im Zuge ihres Zusammenschlusses zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ einig, dass es um den Einsatz für die Unterdrückten, für die Arbeiter*innen gehen muss. Dabei ging es nicht um eine existierende Masse, die sich durch einen „Mitte“-Begriff definieren ließ, sondern darum, die Masse der Menschen ohne Kapital für die richtigen Ideen zu mobilisieren. Denn es heißt nicht „Reih dich ein in die Arbeiter-einheitsfront, weil du auch zur Mitte gehörst“, sondern „weil du auch ein Arbeiter bist“.

DER „MITTE“-BEGRIFF HAT KAUM SUBSTANZ.

Die romantisierte Vorstellung einer Mitte, die alle vereinen könnte, scheint wie der verzweifelte Versuch, einfache Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu finden. Dabei können wir nicht nur aus der Geschichte, sondern auch aus aktuellen Entwicklungen lernen. Milieu-Studien zeigen, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich in einem vom Kapitalismus geschaffenen Klassensystem vor dem Abstieg fürchten. Dass immer mehr Menschen dem prekären Milieu zuzurechnen sind, die hoffnungslos auf das verlogene, weil für sie nicht mehr erreichbare, Aufstiegsversprechen blicken. Diese Menschen sehnen sich danach, gehört und gesehen zu werden. Das Label „Mitte“ hat noch keiner Familie weitergeholfen.

Denn auch wenn das Grundgefühl der „Mitte“ zum Antrieb für eine bessere Welt dienen kann, braucht es reale Veränderung, die mehr ist als

die bloße Empfindung. Rechte Kräfte bedienen immer verstärkter die Sehnsucht der Menschen, suggerieren sie, zu hören und locken sie mit einfachen Antworten. Sie sehen die Verzweiflung dieser Menschen als ihr Mittel zum Zweck und scheuen sich nicht davor klar zu artikulieren, dass ihre vermeintlichen Antworten abseits der Mitte herrücken, doch den Anspruch haben, die „Mitte“ zu werden. Doch wer meint, eine „Mitte“ definieren zu müssen, muss die Frage beantworten können, wen er bereit ist, an den Rändern auszuklammern und auch zurückzulassen. Für Faschist*innen ist es wie selbstverständlich, dass sie die Unterdrückten und Marginalisierten nicht nur zurücklassen, sondern bewusst weiter erniedrigen und als Feindbild inszenieren werden.

WAS LERNEN WIR EIGENTLICH DARAUS?

Wer für die Rechte der Arbeiter*innen steht, darf sich nicht mit einer Politik der „Mitte“ zufriedengeben. Der sozialistische Anspruch der Befreiung der Gesellschaft von den Zwängen des Kapitals muss von links kommen. Dabei hat die Sozialdemokratie den klaren Auftrag, für das linke Ideal selbstbewusst einzustehen und die Massen von diesem Ideal zu überzeugen. Ohne, dass sich die Sozialdemokratie vor den Erzählungen konservativer und rechter Kräfte duckt. Denn dafür ist ihre Geschichte zu stolz.

Drum links, zwei, drei! Drum links, zwei, drei! Wo dein Platz, Genosse, ist!

Lucius Teidelbaum

Vom **Querdenken**
Querfront?

Corona-Proteste
von rechts

Unrast transparent
rechter raad



REZENSION SACHBUCH:

VOM QUERDENKEN ZUR QUERFRONT? UNRAST VERLAG

Lucius Teidelbaum, freier Journalist, Publizist und Rechercheur zum Thema extreme Rechte und Mischszenen, hat mit seinem im April 2023 erschienenen Buch „Vom Querdenken zur Querfront?“ den erfolgreichen Versuch unternommen, einen näheren Blick auf die ab Frühjahr 2020 in Erscheinung getretene Szene der Pandemieeugner*innen (PL) und ihre aktuelle Entwicklung zu werfen. Dabei thematisiert er auch die Ratlosigkeit der Zivilgesellschaft sowie der politischen Linken hinsichtlich einer politischen Einschätzung und des richtigen Umgangs mit diesem Milieu. Die niedrigschwellig erschließbare, aber dennoch detailreiche Darstellung des postideologischen Selbstbilds der PL macht es auch Nichtexpert*innen möglich, Gruppen wie beispielsweise Anthroposoph*innen oder Reichsbürger*innen zu verstehen und ihre Rolle in dem Milieu zu erkennen. Besonders in Augenschein genommen wird auch die Funktion von Szenengrößen wie Michael Ballweg und Sucharit Bhakdi, verschwörungsideologischen Medien und Parteien - von der AfD bis zur während der Pandemie entstandenen Partei „dieBasis“.

Am Ende des Buches lässt Teidelbaum die Leser*innen - trotz der knappen 80 Seiten - nicht ratlos zurück, sondern greift die Frage „Was tun?“ auf, bei deren Beantwortung er sich klar von dem pauschalisierten „Neonazi Cherry picking“ distanzieren und für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema appelliert. Das Buch regt zum Nachdenken an. Auch wenn es zu keiner „Querfront“ gekommen ist: Das Potenzial hierfür wäre vorhanden. Eine Erkenntnis, die von der politischen Linken ernst zu nehmen ist und eine Auseinandersetzung fordert, bevor es bei der nächsten Krise zu spät ist.

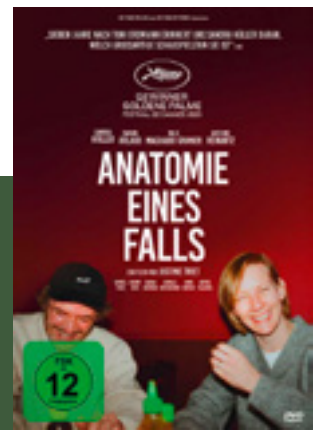


Maximilian Lykissas (24) hatte in Düsseldorf als Anmeldere von linken Gegendemonstrationen schon häufig das zweifelhafte Vergnügen, mit Pandemieeugner*innen in den „Austausch“ zu treten.



REZENSION FILM:

ANATOMIE EINES FALLS PLAION PICTURES



Hat Sandra ihren Mann getötet? Das ist die Frage, um die sich der Gerichtsprozess im Zentrum der Handlung von „Anatomie eines Falls“ dreht. Sandra und Samuel sind Schriftsteller*innen und leben mit ihrem blinden Sohn Daniel in den französischen Alpen, als Daniel eines Tages von einem Spaziergang nach Hause kommt und seinen Vater tot auffindet. Es bleibt unklar, ob es ein Unfall, Suizid oder Fremdeinwirkung war und somit gerät Sandra schnell in den Fokus der Ermittlungen, bei denen Daniel der einzige Zeuge ist.

Klingt erstmal wie ein standardmäßiges Gerichts-drama, aber mit fortschreitenden Ermittlungen zeigt sich der Film als scharfe Analyse einer modernen Beziehung im Patriarchat. Zentrale Fragen des Films sind deshalb auch, wie patriarchal das französische Justizsystem ist, wem geglaubt wird, und wie Frauen für eine Abweichung von klassischen Rollenbildern bestraft werden.

Besonders zeigt sich das in den Szenen im Gerichtssaal. Sandra wird ihr Erfolg als Schriftstellerin zum Verhängnis, ihre Fähigkeiten als Ehefrau und Mutter werden permanent in Frage gestellt und es wird versucht ihre Bisexualität gegen sie zu verwenden. Dabei bleibt Sandra als Charakter distanziert und mysteriös, man weiß auch am Ende immer noch nicht, was wirklich in ihr vorgeht und ob sie es nun getan hat oder nicht. „Anatomie eines Falls“ hat mich deshalb mit dem klugen Drehbuch und grandiosen Performances überzeugt!

Pia Mickels (24) ist neuestes Mitglied im Sandra-Hüller-Fanclub und kann die „Anatomie eines Falls“ nur dringend empfehlen!




Impressum:

Herausgeber:
Jusos in der SPD
SPD Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 12
40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 136 22 325
Web: www.nrwjusos.de
E-Mail: info@nrwjusos.de
X: @nrwjusos
Instagram: @nrwjusos
TikTok: @nrwjusos
Telegram: t.me/nrwjusos

Redaktion:
Redaktion: Joris Niggemeier
(V.i.s.d.P.), Lea Bongers, Lisa Fürst,
Pia Mickels, Alicem Polat,
Maximilian Reeck, Leander Bröcker.
Grafik: Pascal Skwara | skwara.de
Druck: Druckhaus Kruse
Auflage: 12.000
Erscheint dreimal im Jahr

Bildnachweis:
Autor*innenbilder: Pascal Skwara. Front: Pascal Skwara. P3: Pascal Skwara. P4/P5: Pascal Skwara. P6/P7: Roman Biernacki on pexels. P8/P9: Alexander Serzhantov on unsplash; Johnny Goerend on unsplash; blavandmaster on flickr (CC BY-NC-SA 2.0); Andrea Piacquadio on pexels. P10/P11: Anastasiia Krutota on unsplash. P12/P13: Eloi Omella on iStock. P16/P17: Victor Malyshev on unsplash; EPP on flickr (CCBY 2.0); Jarosław Kaczyński on Wikimedia commons. P18/P19: Pascal Skwara. P20/P21: Pascal Skwara; Anthony Garand on unsplash. P22: Pascal Skwara. P23: Esther Tuttle on unsplash. P24/P25: Archiv der sozialen Demokratie / Georg Wilke. P26: Unrast Verlag; Plaion Pictures. P27: france.tv, BeTV, WDR; ©SOFFIE. Rückseite: Mika Baumeister on unsplash; Eduard Delputte on unsplash; Gustavo Quepon on unsplash; Immo Wegmann on unsplash.

GEFORDERT DURCH:  Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen



REZENSION SERIE: DAS PARLAMENT FRANCE.TV

Die Politik-Serie „Das Parlament“ ist eine belgisch-französisch-deutsche Produktion und hat durch den Grimme-Preis 2021 im Wettbewerb Fiktion mein Interesse geweckt. Die Serie spitzt die Arbeitswelt im EU-Parlament sarkastisch zu. Viele Witze und Anspielungen sind jedoch besonders aus feministischer Perspektive schwierig. Der Protagonist Samy, frisch aus der Uni, tritt etwas unbeholfen und naiv als Mitarbeiter eines skurrilen französischen Abgeordneten durch das europäische Parlament. Dabei tritt er in jedes Fettnäpfchen, das er findet. Er lässt sich anfangs von Lobbyist*innen und Abgeordneten rumschubsen und kämpft zu Beginn vor allem mit der Beraterin Ingeborg Becker, die ihn auf das Thema „Shark-Finching“ bringt, das Abschneiden von Haiflossen. Es wird zu Samys Herzensprojekt – was jedoch niemand so recht nachvollziehen kann.

Die Serie bietet einen Einblick in die komplexe Verfasstheit des Europäischen Parlaments, inklusive seiner Fraktionen und nationalen Interessen. Hier kann man definitiv etwas lernen, denn die Wege durch die Institutionen der EU sind authentisch dargestellt. Dabei bedient sie jedoch jedes Klischee, von faulen Abgeordneten bis hin zu sinnlosen Sitzungen.

Hier liegt auch mein zentraler Kritikpunkt. Die Serie reproduziert Klischees manchmal ein wenig zu stark. Das spiegelt sich auch in einem teils problematischen Frauenbild wider. Die emotions- und skrupellose Ingeborg bedient das Klischee der „Powerfrau“ und auch Samys unterschiedliche Freundinnen sind eher kritisch zu betrachten. Männerrunden, in denen dann die „echten Entscheidungen“ getroffen werden, fehlen in der Serie auch nicht, ebenso wie eine stereotype Darstellung der Mitgliedsstaaten.

Die Serie eignet sich gut, um grundlegende Abläufe im EU-Parlament kennenzulernen, ihr fehlt es allerdings manchmal an Tiefe. Insgesamt bietet „Das Parlament“ jedoch einen unterhaltsamen Einblick in die Welt der EU-Politik und bleibt eine satirische Liebeserklärung an Europa. Wer über die reproduzierten Klischees hinwegsehen kann oder möchte, findet die Serie in der ARD-Mediathek und auf Netflix.

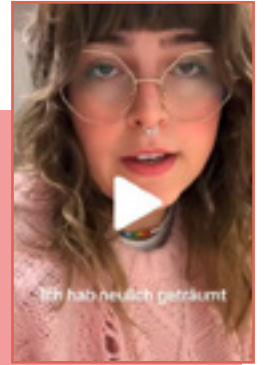


Lea Bongers (23) schläft bei Serien eigentlich immer ein, aber hier nicht!



REZENSION SONG:

FÜR IMMER FRÜHLING SOFFIE



Von was für einem Land träumt ihr nachts so? Kommen da möglicherweise auch kühlere Sommer, Ehrlichkeit, eine egalitäre Welt und eine humane Asylpolitik drin vor? So detailliert träumt wahrscheinlich niemand, aber auch das sind Teile der Utopie, für die wir alle kämpfen und genau diese beschreibt „Soffie“ in ihrem Song „Für immer Frühling“, der in den letzten Wochen und Monaten auf Social Media gefühlt in jedem zweiten Reel und TikTok verwendet worden ist.

Mithilfe einer fröhlichen Melodie wird unaufdringlich ein linkes und sozialistisches Weltbild veranschaulicht, in dem Kinder an der Macht sind und kein Boot mehr im Mittelmeer sinkt. Indem sie ihr persönliches Glück nicht nur dadurch erfüllt sieht, dass die Sonne im Frühling wieder scheint, sondern dafür auch gesellschaftliches Wohlergehen als obligatorisch betrachtet, vermittelt sie vielen Kindern und Jugendlichen auf Social Media, wie wichtig es ist, zu wissen, dass das eigene Glück nicht nur persönlich bedingt ist, sondern auch abhängig von dem System, in dem wir leben. Soffie zeigt nämlich durch ihren Wunsch, dass keine Boote mehr sinken, dass es kühlere Sommer gibt und keiner mehr hungert auf, dass diese Zustände momentan Realität sind und dementsprechend kein Frühling in unserem kapitalistischen System ist, sondern eher bitterkalter Winter.

Durch Social Media wird immer mehr rechtes und neo-liberales Gedankengut vermittelt, wobei viele Jugendliche das Gefühl bekommen, nur sie selbst seien für ihre möglicherweise schlechte Lebensrealität verantwortlich, weil sie häufiger irgendeinen „BWL-Justus“ sehen, der ihnen erzählt, dass jede*r seines Glückes Schmied ist, als eine Soffie, die Glück in direktem Zusammenhang mit Missständen des Systems verbindet. Zwar ist klar, dass dieser Song keine gesellschaftliche und linke Analyse unseres Systems ist, die die Revolution fordert und Jugendliche umdenken lässt, jedoch trägt er dazu bei, dass sich Jugendliche über die nur angerissenen thematischen Gedanken machen. Dass dieser Zustand, der im Song als Traum beschrieben wird, obwohl lediglich davon geträumt wird, dass Menschen nicht hungern und sterben, noch so realitätsfern ist, lässt einen selbst schon daran zweifeln, ob dieses kapitalistische System überhaupt menschenfreundlich ist und ob es eine Zukunft hat oder haben sollte.



Michelle Gnatzy (18) ist großer Fan von Musik, Sozialismus und Positivität. Da stehen solche Songs natürlich ganz oben in ihrer Playlist!

**NEVER
GONNA
GIVE EU UP!**



Menschenrechte



Soziale Gerechtigkeit



European Green Deal



**Mehr Demokratie
in der EU**

**Gute Gründe, bei der
Europawahl die SPD
zu wählen:**

